

# QUER

Das politische Magazin der Sozialistischen Jugend Linz

## Bilanz ohne Glanz

QUER zieht ein kritisches Resümee über die Regierungspolitik des ersten Jahres. Sozialdemokratische Inhalte sucht man vergebens.

## Cracker Staat

Der Staat klickt und hört mit. Was in Deutschland schon Realität ist, befindet sich in Österreich auf dem Vormarsch.

## Faule Bananen

Skandalöses Obst. Der Bananen-Riese Chiquita wird von mehreren hundert Familien verklagt, weil er ultra rechte Paramilitärs unterstützt.

## Mediale Rollenbilder

Auch wenn mit Stereotypen heute viel subtiler gearbeitet wird als früher, das Frauenbild bleibt traditionell.

# METTERNICH 2.0



**QUER** ulant:

Fürst Clemens von Metternich, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im kaiserlichen Österreich lebte, ging in die Geschichte ein als der Erste, der einen „modernen“ Polizeistaat mit Zensur und Spitzelwesen einrichtete.

Nun will sich der vermeintlich nächste „Monarchist“ ein ähnliches Denkmal bauen und zieht schlagartig ein Kontroll-Regime auf: Der österreichische Innenminister Platter gibt zuerst die Online-Überwachung und Vorratsdatenspeicherung frei und mit dem neuen Sicherheitspolizeigesetz (SPG) erlaubt er es der Polizei, ohne richterlichen Beschluss Handys orten und IP-Adressen ausforschen zu lassen. Zudem darf die Polizei –dank ihm- neuerdings die so genannten „IMSI-Catcher“ zum Einsatz

bringen, die auch das Mithören von Mobiltelefongesprächen problemlos möglich machen. Ginge es dem Innenminister „nur“ –so wie er sagt- um die Ortung von Handys und nicht um das Abhören, so würden auch die bisherigen technischen Möglichkeiten (Peilung durch Handymasten) genügen.

### Sprühen gegen Platter!

In Deutschland ist die Sprühschablone, die den Innenminister Schäuble als „Stasi 2.0“ zeigt, zum Symbol für den Widerstand gegen den Überwachungsstaat geworden. Seit Mitte Dezember gibt es auch ein österreichisches Pendant als Sprühschablone: Günther Platter, dargestellt als „Metternich 2.0“. Hier eine kurze Anleitung, wie das mit dem Sprühen funktioniert:

### # 1 Vorbereiten

Nur wer vorbereitet ist, kann sprühen. Die Metternich 2.0-Schablone gibt es als Download im Internet (z.B. unter [www.sj-linz.at](http://www.sj-linz.at)), muss aber vorher ausgeschnitten werden. Die Regel hierbei ist: Alles Schwarze weg. Empfehlenswert ist es, ein Stanley-Messer zu verwenden, das geht viel besser als eine Schere. Ein Blatt Papier genügt nicht, die Schablone sollte auf Karton ausgedruckt werden.

### # 2 Sprühen

Die Spray-Schablone ist natürlich nicht dafür gedacht, öffentliche Wände anzusprihen, sondern nur dazu da, um die eigenen Tapeten zu verschönern, schließ-

lich ist Sprühen nicht erlaubt. Da wir ja nur zu Hause sprühen, ist es für uns auch nicht notwendig zu wissen, dass uns beim Sprühen niemand sehen sollte und, dass vor allem an der Donaulände viele Flächen zur Verfügung stehen.

### # 3 Vorsicht

Wirklich sicher, ob nicht gerade die Polizei beim Handy mithört oder am Computer mitklickt, kann man in Zukunft nicht mehr sein. Aber wozu denn? Wer nichts zu verbergen hat, hat schließlich auch nichts zu befürchten, oder? Dennoch sind am besten in Zukunft Wörter, bei denen Gefahr in Verzug ist, wie zum Beispiel *Grundrechte, Freiheit, Sicherheit, Sprayen, Hallo, Staat, Platter*, uvm. vermeiden.

# Die Polizei hört mit!

**Skandalös sind die in der letzten Nationalratssitzung vor Jahreswechsel beschlossenen Verschärfungen des Sicherheitspolizeigesetzes. An der Öffentlichkeit vorbei hat die Regierung endgültig die Grundlagen für einen Überwachungsstaat geschaffen. Dass die Bundes-SPÖ diese Gesetzesänderungen mitträgt und vorantreibt, zeigt, wie weit sie wirklich weg ist von sozialdemokratischen Inhalten.**



Rebecca Kampf  
Vorsitzende der sj-linz

Ab Jänner 2008 darf die Polizei ohne richterlichen Beschluss Handys orten und von sämtlichen Telekommunikations-BetreiberInnen die Auskunft über Namen, Anschrift und IP-Adressen von KundInnen verlangen. Von dem Vorhaben der Regierung, die Befugnisse der Exekutive so massiv auszuweiten, war erst etwas zu hören, als die Änderungen vom Parlament schon beschlossen waren. Innenminister Platter und Justizministerin Berger treiben schon seit langem die Online-Überwachung unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Eiltempo voran. Die von ihnen eingerichtete Arbeitsgruppe soll im Februar 2008 Details präsentieren, wie die Online-Überwachung in Österreich konkret umgesetzt werden soll.

### Die Situation ist ernst

In Zukunft kann sich keine Handy- und Internet-NutzerIn mehr sicher sein, ob die Polizei beim Telefonieren und Surfen nicht gerade dabei ist, denn die Exekutive hat durch die Änderungen einen freien und mühelosen Zugang zu den persönlichen Daten erhalten. Zuvor brauchte die Polizei für solche „Lauschangriff“-Maßnahmen einen Beschluss eines unabhängigen Gerichts. Bislang wurden rund 1000 bis 1500 Anträge auf Telefon- und Handyüberwachung im Jahr von den Gerichten nicht bewilligt. Von 2002 bis 2006 hat es bei der so genannten „Rufdatenerfassung“ einen Zuwachs von 438 Prozent gegeben. Nun, wo es alleinig an der Polizei liegt, ob sie mithört oder nicht, wird ein starker Anstieg

der Überwachungen befürchtet, laut DatenschützerInnen ist die Gefahr des Missbrauchs groß. Verbunden mit den Gesetzesänderungen ist die Einschränkung grundlegender Freiheitsrechte. Schon im Jahr 2005 hat die SPÖ der schwarz-blauen Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes zugestimmt, wonach jede private Kamera ohne jeden konkreten Tatverdacht als Polizeikamera verwendet werden darf. Die Zustimmung der SozialdemokratInnen sicherte damals wie heute die erforderliche Verfassungsmehrheit. Eine Diskussion über die Folgen von Überwachung blieb damals wie heute aus.

### Gemeinsam gegen Überwachung

Anstatt Gesetze zu schaffen, in denen die Privatheit und individuelle Freiheitsrechte geschützt werden, baut die Regierung das Kontrollregime weiter aus und untergräbt das Recht auf gesicherte Privatsphäre. Die Große Koalition schränkt mit dem soeben erfolgten Beschlüssen im Nationalrat die BürgerInnenrechte noch mehr ein, als dies bereits unter Schwarz-Blau der Fall war. Mit dem braven Handheben bei selbst noch so weitreichenden Veränderungen haben die SPÖ-ParlamentarierInnen ihre Unfähigkeit und Inhaltslosigkeit völlig unter Beweis gestellt. Aus gegebenem Anlass startet die SJ-Linz eine Initiative gegen Überwachung und für den Schutz individueller Daten. Wenn auch du einen Beitrag gegen die Maßnahmen der Regierung leisten willst, schreib ein Mail an [office@sj-linz.at](mailto:office@sj-linz.at).

## Sozialdemokröte des Monats

### Kröte des Monats:

### Alfred Gusenbauer

Bundeskanzler



### Ein Kanzler für die Kinder?

Da aus den versprochenen Nachhilfestunden dann doch nichts geworden ist, setzt Bundeskanzler Alfred Gusenbauer auf die neuen Medien, um mit den Jüngsten in Kontakt zu treten, damit auch wirklich alle mitbekommen, dass er der Kanzler ist. Auf seiner Homepage [www.kanzler4kids.at](http://www.kanzler4kids.at) versucht er – kindgerecht aufbereitet – zu erklären, was er – als Kanzler – eigentlich den ganzen Tag so tut. Keine „wichtigen“ Themen werden also für die Kleinsten außen vor gelassen.

Besonders informativ wird es auch dann, wenn die BesucherInnen die Kurzvideos in Augenschein nehmen. Von zwei Kindern interviewt, nimmt „Gusi“ Stellung zu seiner morgendlichen Laufroute, spricht über seinen Dienst-Audi und dass ihm niemals langweilig wird. Was Gusenbauer mit dieser Website bezweckt, wird sein Geheimnis bleiben, aber zumindest nimmt er die Ergebnisse der internationalen „PIRLS“-Lesestudie ernst, wonach 16 Prozent der VolksschülerInnen Mühe mit den einfachsten Leseaufgaben haben. Die können sich jetzt alle die Videos angucken.

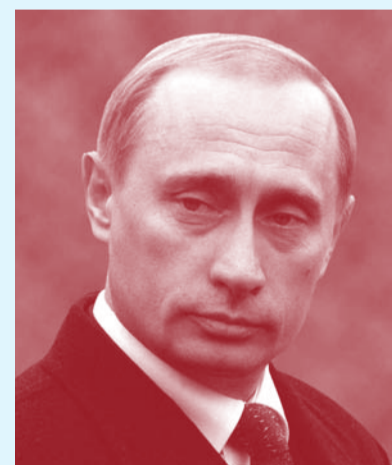
Während die SPÖ-Spitze mit „Kanzlerdarstellung auch für Kinder“ beschäftigt ist, diktiert die ÖVP weiterhin den Kurs der Regierungspolitik. Leistungen, die vor allem Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen, werden immer mehr eingeschränkt statt ausgebaut. Die Gesamtschule kommt nicht, ebenso nicht das Vorschuljahr für alle, auf die „Ausbildungsgarantie für Jugendliche“ wurde überhaupt vergessen, die Erhöhung der Bildungsausgaben reicht gerade für die steigenden Personalkosten aus und der Bildungsanteil am Gesamtbudget und an der Gesamtwirtschaftsleistung (BIP) sinkt. Nicht Propaganda brauchen die Jungen, sondern PolitikerInnen, die sie verstehen, sich für sie einsetzen und in sie investieren. Alfred Gusenbauer ist keiner von denen, die da dazu gehören. Vielleicht hätte er sich im Sandkasten weniger mit dem Kanzlersein und mehr mit den anderen Kindern beschäftigen sollen. Mittlerweile ist es dafür wohl schon zu spät.

## Autoritär in Russland

### Russische Einheitspartei, Pardon.

### Übersetzungsfehler: Partei Einheitliches Russland.

Die Zeichen standen auf Sieg. Zumindest für Wladimir Putin und seiner Duma-Partei „Einiges Russland“, als deren Spitzenkandidat er in die Wahl Anfang Dezember ging. Am Ende waren es mehr als sechzig Prozent der Stimmen, die er auf seine Partei vereinigen konnte; eine Mehrheit, die es ihm nicht nur erlaubt, alleine zu regieren, sondern ihm auch jederzeit eine Änderung der Verfassung ermöglicht.



„L'État, c'est moi!“ So die knappe Replik des französischen Königs Ludwig XIV., wenn es jemand wagte, seine Autorität in Frage zu stellen. Mehr als zweihundert Jahre später fühlen sich viele BeobachterInnen in Russland in diese Zeit zurückversetzt. Der Begriff „gelenkte Demokratie“ machte die Runde. Gleichgeschaltete Medien und fehlende Unabhängigkeit der Justiz runden das Ganze passend ab. KritikerInnen werden mundtot gemacht oder verhaftet, wie das Beispiel des ehemaligen Schachweltmeisters Garri Kasparow zeigte. Der ging zwar zur Wahl, zeigte aber der Weltöffentlichkeit seinen Wahlzettel, wo er den gesamten Wahlvorschlag durchstrich. Das „System Putin“ kaschiert die offen zu Tage tretenden autokratischen Züge des Präsidenten und versucht gleichzeitig, nach außen hin eine demokratische Fassade zu wahren.

Dass ihm die (derzeitige) Verfassung keine dritte Amtszeit gewährt, scheint V. Putin im Moment nicht zu stören, scheint doch auch der Posten des künftigen Premierministers sehr lukrativ. Zumindest mit einer satten Mehrheit von mehr als 60 Prozent der Dumasitze und mit einer schwachen bzw. heillos zerstrittenen Opposition. Dass dabei grundlegende Prinzipien der Gewaltenteilung missachtet werden und somit ein modernes Demokratieverständnis pervertiert wird, stört den Machthaber nicht. Ein fliegender Wechsel vom Amt des Präsidenten in den Sessel des Premiers ist im politischen System Russlands Normalität und nur die wenigsten stoßen sich daran. Vielleicht auch deswegen, weil viele RussInnen kein anderes – wirklich demokratisches – System kennen.

# Cracker Staat

## Heimliche Online-Durchsuchung in Österreich ab Herbst 2008

**„Irgendwo im Berliner Regierungsviertel dürfte Mittwoch Früh eine ganz bestimmte Kinnlade sehr weit heruntergeklappt sein.“** Günter Hack, ORF futureZone-Redakteur meinte mit diesem Satz wohl den deutschen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), der seit einem Jahr die heimliche Online-Durchsuchung für Deutschland fordert und damit hitzige Diskussionen auslöste.

### Gleich und gleich gesellt sich gern

Wesentlich leichter hatten es diesbezüglich das heimische Pedant Innenminister Günther Platter (ÖVP) wie auch Justizministerin Maria Berger (SPÖ). Nahezu sang- und klanglos ging Mitte Oktober die Grundsatzvereinbarung der MinisterInnen zur heimlichen Online-Durchsuchung durch den Ministerrat. Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Verfassungssrechtler Bernd-Christian Funk hat nun von Mitte November bis Ende Februar Zeit, rechtliche und technische Details dieses Vorhabens zu diskutieren und zu klären. Geht es nach den MinisterInnen, soll im Herbst 2008 das neue Fahndungsgesetz beschlossen werden.

### Trojanische Pferde am Computer

Die bereits beschlossenen Grobpunkte der Grundsatzvereinbarung umfassen eine Online-Durchsuchung mit einem Trojanischen Pferd (in Anlehnung an die Antike), kurz „Trojaner“ genannt. Ein Trojaner kann beispielsweise ein heruntergeladenes Programm sein, das einem/einer nützlich erscheint, im Hintergrund aber heimlich Informationen an dessen UrheberInnen versendet. Ähnlich soll auch in Deutschland die Online-Durchsuchung funktionieren. Lang und breit wurden verschiedene Möglichkeiten der Überwachung und Durchsuchung diskutiert. Wie oben erwähnt, zählt dazu die Infiltration des Computers durch einen Trojaner. Per seriös wirkendem E-Mail-Anhang, fremde CDs oder USB-Sticks, Ausnutzen von Sicherheitslücken in Computerprogrammen auf den eigenen Computer geladen, erlaubt er den ErmittlerInnen per Internet Zugriff auf diesen. Eine andere sehr breit angelegte Variante stellt der Trojaner eingebunden in Software-Produkten oder Updates dar. Sobald dann beispielsweise ein Betriebssystem installiert wird, wäre der Trojaner auf dem System vorhanden. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich wollen sich die MinisterInnen auf einen fokussierten Einsatz vom Trojaner beschränken.

Laut den österreichischen MinisterInnen soll die Online-Durchsuchung eine Ausnahmemaßnahme sein. Sie soll lediglich bei Personen eingesetzt werden, die dringend tatverdächtig sind, ein mit mindestens zehn Jahren Haft bedrohtes Verbrechen begangen oder eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben. Sollte es zu einer Online-Durchsuchung kommen, muss diese zuvor richterlich gene-

### Online-Durchsuchung

#### Fahrplan für Österreich

- Grundsatzbeschluss am 17. Oktober 2007
- Arbeitsgruppe zur Detailausarbeitung von November 2007 bis Februar 2008
- Gesetz zur Onlinedurchsuchung im Herbst 2008

#### Online-Durchsuchung auf einem Blick

- Person, die tatverdächtig ist ein schweres Verbrechen (mind. 10 Jahre) oder eine terroristische Organisation zu unterstützen
- Richterliche Genehmigung erforderlich
- Kontrollrecht der/s Rechtsschutzbeauftragten
- Beschwerdemöglichkeit der Datenschutzkommission

hmigt werden und der Kontrolle des/der Rechtsschutzbeauftragten unterliegen. Auch der Datenschutzkommission werden Beschwerdemöglichkeiten eingeräumt.

#### Mit Sicherheit frei sein

Ausgelöst haben diese Vorhaben vor allem in Deutschland, vereinzelt auch in Österreich eine Sicherheitsdebatte. „Wir müssen uns hier im Vorfeld genau überlegen, was wir für den propagierten Zuwachs an Sicherheit durch eine Online-Durchsuchung wirklich einkaufen“, so Walter Peissl, Soziologe und Projektleiter des Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Nach ihm ist die Überwachung einer Gesellschaft nie folgenlos, da allein das Gefühl, überwacht werden zu können das Verhalten einer Gesellschaft ändert. Angenommene Erwartungshaltungen versuchen erfüllt zu werden und verändern damit auch Entwicklung und Fortschritt. Eine völlig andere Richtung verfolgt das Argument: Die Gefahr, Opfer rechtsextremer Gewalt zu werden ist tausendmal größer als die Wahrscheinlichkeit eines Terroranschlages.

Die Freiheit der Menschen soll nicht eingeschränkt werden, warum also einführen? PolitikerInnen und Sicherheitsbedienstete in Deutschland und Österreich sehen das Erfordernis einer Online-Durchsuchung zur Terror- und Verbrechensbekämpfung sehr hoch.

„Den maßgeschneiderten Modi [sic!] Operandi von Terroristen und Schwermitteln müssen wir maßgeschneiderte Ermittlungsinstrumente entgegensetzen“, erklärte Jörg Ziercke, Präsident des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA) im Rahmen einer Podiumsdiskussion auf einer Herbsttagung zum Thema „Tatort Internet“ Ende November. Wohnungsdurchsuchung oder die Beschlagnahme von Computern seien schlicht unzeitgemäße Mittel zur Verfolgung. Vor allem ist nach Ziercke die Kritik, mit der Online-Durchsuchung würden nur DAUs (dümmste anzunehmende UserInnen) ermittelt werden, irrelevant. Sein Gegenargument: „Sollten wir einen Anschlag durch die Festnahme eines DAU verhindern, werden auch diese Berufskritiker erleichtert sein.“

Diese Debatte läuft auf die Frage hinaus, wie weit der Staat in die Grundrechte seiner BürgerInnen eingreifen darf, um deren Sicherheit zu gewährleisten. Alle Grundrechtseingriffe vonseiten des Staates bedürfen einer besonderen Rechtfertigung, auch wenn sie zum Schutz von Grundrechten erfolgen. Der deutsche Bundesgerichtshof (BGH) hatte im vergangenen Jahr die Online-Durchsuchung für nicht zulässig erklärt. Daraufhin änderte Nordrhein-Westfalen sein Verfassungsgesetz ab, was wiederum zu einer Verfassungsklage führte, auf dessen Entscheidung Deutschland gespannt wartet. Umfragen zufolge scheint die Debatte in Deutschland die Mehrheit der

Deutschen positiv zur Online-Durchsuchung gestimmt zu haben. Laut Franz Witzeling, Leiter des Klagenfurter Humaninstituts und einer im November präsentierten Umfrage des Klagenfurter Humaninstitut erwartet sich knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen von der Regierung beschlossenen Online-Fahndung nicht mehr Sicherheit.

Während also in Deutschland hitzig diskutiert wird, haben Österreich und die Schweiz rechtlich die Online-Durchsuchung bereits umgesetzt. Der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner (SPD) äußerte in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung seine Bedenken kurz und prägnant in drei Punkten: „Erstens: Erforderlichkeit. Ich bezweifle, dass wir damit wirklich Terroristen aufspüren. Oder wollen wir auf diese Weise senile Pornografen finden? Damit, dass Onlinedurchsuchungen der Beweissicherung dienen, kann mir niemand kommen. Richterlich angeordnete Hausdurchsuchungen mit Computerbeschlagnahme gibt es schließlich jetzt schon. Und da kommt die Polizei nicht mit Blaulicht und Sirene. Zweitens: Umsetzbarkeit. Da muss ich mit vielen zweifelnden Fachleuten sagen: Terroristen sind doch nicht blöd. Die setzen sich ins Internetcafé. Drittens: Verfassungsmäßigkeit. Da möchte ich erst mal sehen, was die Richter in Karlsruhe zu dem Gesetz zu Onlinedurchsuchungen sagen, das die schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf beschlossen hat.“



# Bilanz ohne Glanz

Seit einem Jahr wird Österreich von der Großen Koalition regiert. Wichtige Projekte, wie die Bildungsreform oder eine neues Fremdenrecht sind gescheitert. Stillstand ist Programm, nicht der versprochene „Kurswechsel“ für Österreich. QUER zieht eine kritische Bilanz über das erste rot-schwarze Regierungsjahr.

Über einen von der Exekutive großflächig abgesperrten Ballhausplatz marschieren die MinisterInnen der Großen Koalition am 11. Jänner 2007 zur Angelobung in die Hofburg. Zur gleichen Zeit demonstrieren rund 2.000 Menschen in Wien. In den drei Monaten Verhandlungen zuvor ist die SPÖ von vielen Wahlversprechen (z.B. Studiengebühren, Eurofighter-Ausstieg) abgegangen, die ÖVP erlangte als „Wahlverliererin“ Schlüsselministerien und Agenden wie Wirtschafts- und Innenministerium. Eine Enttäuschung für all jene, die sich den versprochenen Kurswechsel zu Schwarz-Blau-Orange erhofft haben. Muss-ten diesmal die MinisterInnen zwar nicht so wie im Februar 2000 unterirdisch kommen – ein Freudentag war auch diese Angelobung für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen nicht. Die Skepsis sollte sich in den nächsten Monaten vor allem unter enttäuschten Linken noch vergrößern.

Die von Alfred Gusenbauer viel zitierte „rote Handschrift“ im Regierungsprogramm suchten sie vergeblich, real dafür die Angst, es solle auch unter Rot-Schwarz (fast) alles so weitergehen wie bisher. Die großen Reformpläne, die vor allem die SPÖ im Wahlkampf geschmiedet hat, entpuppten sich als leere Versprechen. Zur Erinnerung: Vor dem 1. Oktober 2006 wollte die SPÖ beispielsweise den Bildungsbereich total reformieren, ein Integrationsstaatssekretariat, ein unabhängiges Frauenministerium einrichten und den Wohlstand in Österreich gerechter umverteilen. Ein Jahr später ist von all dem nichts zu bemerken.

### Ausgaben oder was alles nicht finanziert wird

Was die neue Regierung (nicht) vorhat und wofür sie ihre Mittel bereitstellt, darüber gibt das Doppel-Budget Auskunft. Präsentiert wurde es im Februar von Finanzminister und Vizekanzler Molterer, der vor allem die Rekordzeit der Bearbeitung als großen politischen Erfolg hervorkehrte. Veränderungen zu Grasser gibt es zwar, von einem Umschwung kann aber bei weitem nicht die Rede sein. In einzelnen Bereichen wurden zwar durchaus nennenswerte Erfolge erzielt (Aufschieben der Hälfte der viel zitierten Giftzähne der Pensionsreform), in anderen wiederum ist das Gegenteil der Fall. Die Mittel für aktivierende Arbeitsmarktpolitik wurden de facto eingefroren, auf die „Ausbildungsgarantie für Jugendliche“ wurde überhaupt vergessen. Für den Bereich Erziehung und Unterricht wird



2007 ein Plus von 3,08 Prozent voranschlagt, für 2008 nur noch knapp plus ein Prozent. Die Erhöhung der Bildungsausgaben reicht also gerade für die steigenden Personalkosten, in Summe ist der Bildungsanteil am Gesamtbudget und an der Gesamtwirtschaftsleistung (BIP) sogar gesunken. Die Bildungs-offensive scheiterte also von Anfang an am guten Willen, in Schule und Universität auch Geld zu investieren. Seit September ist es endgültig offiziell, die Gesamtschule kommt nicht.

### Umverteilung oder: Die Reichen bleiben reich, die Armen arm

Die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen und den Wohlstand gerechter zu verteilen, war eines der großen Wahlversprechen der SPÖ. Die Erbschaftssteuer, eine der letzten Vermögenssteuern hätte deshalb dahingehend reformiert werden können, dass neben der Gleichbehandlung aller Vermögensformen auch ein progressiver Steuertarif eingeführt wird, die Große Koalition ging aber einen anderen Weg. Der VfGH hatte dem Gesetzgeber eine Reparaturfrist bis Mitte 2008 gewährt, von der die Politik aber keinen Gebrauch machen wird. Durch deren Auslaufen entgehen dem Staat jährliche Einnahmen in der Höhe von rund 140 Millionen Euro verlorgen – in etwa derselbe Betrag, den die Studiengebühren an Einnahmen bringen.

Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Staatseinnahmen betragen in Österreich nur lächerliche 0,55% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Selbst im wirtschaftsliberalen Amerika liegt die Quote der Steuern aus Vermögen um einiges höher

(3,07%). Alfred Gusenbauer wurde dennoch nicht müde, die Abschaffung der Steuern als gute Entscheidung zu verkaufen; im deutschen Spiegel meinte er: „Steuern runter macht Österreich munter.“ Dabei würde beispielsweise eine Reform der Grundsteuer oder die (Wieder-)Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer dem Staat Mehreinnahmen in Milliardenhöhe bescheren. Geld, das von den obersten zehn Prozent, die derzeit zwei Drittel des Gesamtvermögens besitzen, in Sozialausgaben für alle fließen könnte.

### Fremdenrecht oder die Fortsetzung fremdenfeindlicher Politik

Völlig hilflos steht die Große Koalition der Situation der schwarz-blau-orangen Fremdengesetze aus dem Jahr 2005, denen auch die SPÖ zugestimmt hat, gegenüber. Familien, die sich bereits länger als fünf Jahre in Österreich befinden und hier eine Existenz aufgebaut haben, sollen plötzlich von einem Tag auf den anderen abgeschoben werden. Eine von den Betroffenen ist Arigona Zogaj, eine Schülerin aus Oberösterreich, deren ganze Familie zurück in das Kosovo soll, woraufhin in ganz Österreich Demonstrationen für ein Bleiberecht stattfanden.

Anstatt die menschenverachtenden Fremdengesetze zu reformieren, beschließt die Große Koalition am 28. November 2007 die Einrichtung eines Asylgerichtshofes, der den bisherigen Unabhängigen Bundesasylsenat ersetzen soll. Dass für AsylwerberInnen so die Berufungsmöglichkeit beim Verwaltungsgerichtshof (III. Instanz) wegfällt, kritisiert unter anderem der Präsident des Verwaltungsge-

richtshofes, Clemens Jabloner, als „eine Aus-höhlung des Rechtsschutzes für Asylwerber“. Die inhumanen Bestimmungen im Fremdenrecht bleiben somit erhalten: Weiterhin kann ohne Angaben von Gründen Schubhaft verhängt und Hungerstreikende durch Zwangsernährung gefoltert werden, die Zustände in den AsylantInnenheimen bleiben katastrophal und für Härtefälle wird es auch in Zukunft keine Gründe geben, die ein Bleiberecht ermöglichen.

### Große Koalition oder: Der Zug fährt in die falsche Richtung

Mehr als die ÖVP zulässt, ist für die SPÖ seit einem Jahr nicht möglich. Während die ÖVP sämtliche Vorhaben blockiert – sie ist gegen die verpflichtende Offenlegung von Parteipenden, gegen eingetragene PartnerInnen-schaften von Homosexuellen, gegen eine KünstlerInnenversicherung, gegen die Reduktion der Eurofighter, gegen die Gesamtschule, uvm. fehlt es der SPÖ sowohl an der Kraft als auch an dem Willen, sich durchzusetzen.

„Ziel dieser ÖVP-Strategie ist es, der SPÖ keinen auch nur irgendwie gearteten Erfolg zu vergönnen“, lässt es sich auf der SPÖ-Website [www.njet.at](http://www.njet.at) nachlesen. Das mag richtig sein, ist aber kein Grund für die SozialdemokratInnen, sich hinter diese Ausrede zu verstecken und den Zug weiterhin in die falsche Richtung fahren zu lassen. Wenn sich der Kanzler dann doch einmal äußert, weiß man nur, dass der nächste Umfaller gekommen ist. Dass er weich fällt, wünscht ihm wohl kaum noch jemand derer, die vor gut einem Jahr das Kreuzerl bei SPÖ gemacht haben.

## Was brachte die Regierung?

### Studiengebühren bleiben

Zur zentralen Wahlkampffrage hat Alfred Gusenbauer höchst persönlich die Abschaffung der Studiengebühren erklärt. Dass die Studiengebühren bleiben, war seit Antritt der Großen Koalition klar. Hinzu kam der absurde Vorschlag eines „Freikaufens mit ehrenamtlichem Engagement“, das sich spätestens ein paar Wochen nach der Angelobung der Regierung als reine Farce herausstellte. Die Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung wurde nicht wieder hergestellt, die Zugangsbeschränkungen verschärft.

### Kampfflugzeuge landen

Mit Gesamtkosten von 5 Milliarden Euro (inkl. Betrieb) ist die Anschaffung der Kampfflugzeuge (auch wenn die Stückzahl von 18 auf 15 gesenkt wurde) die größte Investition in der Geschichte der Zweiten Republik. Zwar brachte der Eurofighter-Untersuchungsausschuss ein zwielichtiges Geflecht von Politik und Industrie zu Tage, der große Gewinner der „Lösung“ bleibt aber der Eurofighter-Produzent EADS. Am 12. Juli 2007 landete der erste Flieger in Zeltweg. „Von einem guten Tag für das österreichische Bundesheer“, spricht das zum Empfang einzig gekommene Regierungsmitglied, Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (ÖVP).

### Pflege-Lösung scheitert

Das neue Pflegemodell droht ebenfalls am Widerstand der ÖVP zu scheitern, obwohl es zuvor von dieser in Gang gebracht wurde, weil der SPÖ-Sozialminister Buchinger umzusetzen hätte. Die einen wollen die Streichung der Vermögensgrenze und eine Verlängerung der Amnestie auf ein Jahr, was für die anderen überhaupt nicht in Frage kommt. Das Ergebnis ist, Pflege bleibt entweder unleistbar oder illegal.

### Bildungspläne verkommen

Dass es zu früh ist, Kinder bereits im Alter von zehn Jahren in Hauptschule und Gymnasium zu trennen, ist hinlänglich geklärt. Ebenso, dass die Leistungen der heimischen SchülerInnen zu Wünschen übrig lassen und die LehrerInnen völlig überfordert sind. Bildungsministerin Schmied hat es versucht, Erfolg hatte sie keinen. Die „Neue Mittelschule“ ist zu einem kläglichen Schulversuch für nur ein Prozent der SchülerInnen verkommen und das verpflichtende Vorschuljahr kommt ebenso wenig wie die Ganztagschule.

### Überwachung kommt

Mit dem im Dezember 2007 beschlossenen Sicherheitspolizeigesetz (SPG) werden die Möglichkeiten der Polizei massiv ausgeweitet. Nicht nur Orten von Handys und das Ausforschen lassen von IP-Adressen ist jetzt ohne richterliche Genehmigung möglich, mit den IMSI-Catchern ist die Polizei technisch auch in der Lage problemlos Telefonate mitzuhören und aufzuzeichnen. Gleichzeitig treibt die Große Koalition die Online-Überwachung voran. Schritt für Schritt wurde so die Basis für einen Überwachungsstaat geschaffen.



### Erbschaftssteuer fällt

In Österreich spricht alles für mehr Vermögensbesteuerung. Viel zu stark wird Arbeit belastet und Vermögen geschont, der Reichtum ist sehr ungerecht verteilt. Im Frühjahr beschließt die Regierung, die Erbschafts- und Schenkungssteuer (die letzten Instrumente der Vermögensbesteuerung in Österreich), mit ihrem Auslaufen abzuschaffen, was zu noch mehr Steuer-Ungerechtigkeit führt.

### Kinderbetreuung fehlt

Die Ursache, warum viele Frauen zu Hause bleiben und keinen oder nur einen geringfügigen Teilzeitjob annehmen, liegt daran, dass in Österreich mehr als 100.000 (!) Kinderbetreuungsplätze (für 0- bis 2-Jährige) fehlen. Soll die Betreuungsquote auf schwedisches Niveau ausgeweitet werden, würden 110.000 zusätzliche Plätze benötigt. Die Regierung beschließt lediglich einen Ausbau, für ausreichend Plätze würde das Geld fehlen.

### Fremdenfeindliche Gesetze bleiben

Bedenken gegen die Unaufschiebbarkeit einer Ausweisung äußerte der VfGH bereits im Frühjahr. Die Bundesregierung sah keinen Handlungsbedarf sondern führt stattdessen mit Juli 2008 ohne angemessenes Begutachtungsverfahren den so genannten „Asylgerichtshof“ ein, der den bisherige Unabhängige Bundesasylsenat ersetzt. Einzige Änderungen sind massive Beschneidungen des Rechtsschutzes im Asylverfahren.

### Minimale Pensionserhöhung

Müssen die jungen Menschen auf Leistungen, die ihnen zu Gute kommen würden, immer mehr verzichten, lässt sich zumindest für die alte Generation durch die erreichte Erhöhung bei den Pensionen eine Verbesserung bemerken. Die Regierung erhöhte Mitte November 2007 die Mindestpensionen um 2,9 Prozent. Von dem, dass damit die schwarz-blaue Pensionskürzungsreform aus dem 2003 wieder gut gemacht wurde, kann aber bei weiten nicht die Rede sein.

# Nicht beeinflussen gibt's nicht

**Ein kurzer Streifzug durch Fernsehen, Film und Printmedien: Lustobjekt, Karrierefrau, Mutter, im Gegensatz dazu Held, Heimwerker und Politiker. Die unterschiedliche Darstellung von Frauen und Männern und die verkürzten Rollenbilder sind allgegenwärtig. Nachhaltig und konsequent ist der Einfluss dieser Klischees - auch wenn mit diesen Stereotypen viel subtiler gearbeitet wird als früher.**

Tag für Tag werden Medien konsumiert. Tag für Tag werden Rollenbilder, Stereotypen und Klischees auf Plakaten neben der Autobahn, in Gratis-Tageszeitungen oder im Fernsehen veröffentlicht. Diese in Medien dargestellten Rollenbilder werden von den KonsumentInnen aufgenommen und verinnerlicht – bewusst oder unbewusst. Medien spiegeln so die Gesellschaft wieder und die Gesellschaft wiederum die Medien. Zeitungen, Plakate, Fernsehen und Co. sind zwar nur ein Faktor, der die Gesellschaft prägt, dafür aber ein sehr entscheidender.

## Top down

In den 1960er-Jahren wurde die Frage gestellt, warum eigentlich Männer die Chefredakteure von Frauenzeitschriften sind. Die Antwort „Männer sind ja auch Chefredakteure von Tierzeitschriften“, würde heute so wie damals nicht mehr so einfach durchgehen. Die Realität zeigt aber, dass die „gläserne Decke“ auch in der Medienlandschaft kaum durchbrochen wird, Männer noch immer in den Führungsetagen sitzen und der Großteil der RedakteurInnen von Rubriken wie Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft männlich sind. Im Gesamtdurchschnitt, also inklusive RedakteurInnen von Mode-, Diät- und sonstigen Artikeln, sind 42% der österreichischen RedakteurInnen weiblich. „Noch vor vierzig Jahren war die Medienlandschaft durch und durch männlich. Hier hat sich viel verändert“, so die Frauenministerin Doris Bures am JournalistInnenkongress 2007, dem folgte jedoch ein großes „aber“. „Die Probleme von Frauen im Journalismus sind die gleichen wie in sehr vielen anderen Berufsbranchen“, kritisierte sie weiter.

## Fernsehen aus Sicht der Männer

Durch diese „Top down“-Mentalität ist es nach wie vor gängig, dass das Frauenbild ein Bild aus der Perspektive von Männern ist. Dabei gibt es zwei große Bilder, einerseits das traditionelle Hausfrauenbild und andererseits das sexualisierte Bild. Letzteres wird gerade im Unterhaltungsprogramm und in der Werbung eingesetzt. Auch wenn in den Medien beide Geschlechter mit Stereotypen dargestellt werden, liegt das Entscheidende in der sexuellen Inszenierung. Der weibliche Körper wird im Vergleich zum männlichen Körper auch in einem nicht sexuellen Kontext als Sexualobjekt dargestellt (Stichwort Autowerbungen, Schokoriegelwerbungen uvm.). Die Frau wird zum Lustobjekt des Mannes degradiert. Hat die Frau jedoch eine eigenständige,

nicht vom Mann abhängige Sexualität werden schnell Parallelen zur Prostitution gezogen.

Das traditionelle Hausfrauenbild kommt – oft auch in der Unterhaltungsindustrie – am häufigsten in den Nachrichten vor, da diese wenig bis keine sexuellen Themen und Inhalte transportieren. So wird bei „frauentypischen“ Themen (Kunst, Kindererziehung usw.) die Frau und bei „männertypischen“ Themen (Politik, Wissenschaft etc.) der Mann in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt und das jeweilige Geschlecht mit einem dazupassenden Thema assoziiert. Ein weiteres Beispiel für die These, das Frauenbild sei ein männliches, ist die dekorative Darstellung. So dient eine aufreizende, den gesellschaftlichen Normen entsprechende Frau häufig als Assistentin, soll das Bild oder ein bestimmtes Thema „verschönern“, es aber nicht erklären oder zugänglich machen.

## Keine Veränderung ohne Veränderung

Wird der männliche Blick in den Medien weiter Priorität besitzen, wird sich auch kein Wechsel weg von der patriarchalischen hin zu einer Gesellschaft der Gleichstellung und somit kein Wechsel des Frauenbilds in den Medien vollziehen. Dass jedoch langsam aber sicher gegen die etablierte Geschlechterordnung und das traditionelle Frauenbild „rebelliert“ wird, zeigt sich in dem schleichenden Wandel der Blickrichtung und schließlich des Frauenbilds in den Medien.

Damit das Frauenbild den Realitäten angepasst werden kann, muss sich die Situation in der Berufswelt ändern: Da noch immer keine Geschlechtersymmetrie auf den höheren Entscheidungsebenen der Medienproduktionen und in den Medienproduktionen generell herrscht, wäre eine Gleichstellung in der Berufswelt nötig, um alte Geschlechterkonstrukte zu ändern. Das Bild der Frau kann nur verändert werden, wenn Frauen in der Medienproduktion aktiv und dominierend mitwirken und endlich die Rolle der attraktiven dekorativen Assistentin abgeben können und Männer sie als ernstzunehmende Arbeitskolleginnen anerkennen. Denn Frauen haben es doppelt so schwer, eine Medienkarriere anzustreben, da sie sich nicht nur in der männlichen Domäne behaupten müssen, sondern auch konstant beweisen müssen, dass sie nicht die „netten Mädchen“ vor der Kamera sind, die nur hübsch aussehen und leicht zu haben sind.



## Factbox

### Big Sister is watching you

Alle fünf Jahre wird weltweit zum Frauenbild in Medien Bilanz unter dem Titel „Global Media Monitoring Project“ gezogen. Tausende Frauen in mehr als 100 Nationen analysieren nach streng vorgegeben Auswertungskriterien die Medien. An einem bestimmten Stichtag werden die zwölf „Main News“ untersucht und dann vom Hauptsitz in London ausgewertet. Bei der letzten Untersuchung wurde für Österreich ein trauriges Ergebnis erzielt. Nur 11% der Personen in den Hauptnachrichten (Durchschnitt aus Print und TV) waren weiblich, laut den Projektleiterinnen ein Spiegel der österreichischen Gesellschaft.

Eine weitere Analyse des österreichischen Medienmarktes passiert jährlich durch den „Österreichischen Journalistinnen Kongress“. Hier werden einerseits Frauen, die in der Medienbranche tätig sind, befragt und andererseits die österreichische Medienlandschaft analysiert. Bei der Umfrage unter den Frauen stellte sich vor allem heraus, dass sie das Gefühl haben in den letzten Jahren immer weniger für ihre Arbeit zu verdienen. Diese Annahme wird von der Analyse bestätigt, der Anteil an freien Journalistinnen ist im Gegensatz zu den fix angestellten Journalistinnen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

### Links:

[www.medienfrauen.net](http://www.medienfrauen.net)  
[www.globalmediamonitoring.org](http://www.globalmediamonitoring.org)

## Emanzipierte Generation?

Was ihre Einstellung zur Geschlechtergerechtigkeit betrifft, ist der Aufholbedarf von jungen Männern groß, zeigen die aktuellen Ergebnisse der breit angelegten Jugendwerte-Studie. Wie frauenfeindlich ist die junge Generation?



Laut der Studie des Österreichischen Instituts für Jugendforschung „Brave Jugend. Böse Welt“ ist das traditionelle Rollenbild nicht nur in den Köpfen älterer Generationen noch fest verankert, sondern auch unter den 14- bis 24-jährigen Männern. 58 Prozent der befragten jungen Männer gaben an, ein traditionelles Rollenbild zu haben. Diese jungen „Machos“ sind nicht wie oft behauptet wird Migranten, sondern es sind auch die Mehrheit der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, die ein derart antiquiertes Rollenverständnis haben. Die Vorstellung, wonach der Mann der Versorger und Ernährer ist und die Frau sich um Kind und Haushalt kümmert, sichert dem Mann bis heute seine Vormachtstellung gegenüber der Frau. Die „jungen Machos“ wol-

len auf die Vorzüge, die diese Machtposition mit sich bringt, nicht verzichten und haben Angst um ihre Vorrechte als Mann, ergab die Studie, bei der insgesamt 1231 junge Menschen zwischen 14 und 24 Jahren – davon ein Viertel mit Migrationshintergrund – befragt wurden. Bei den jungen Frauen ist das anders, ihr Gleichberechtigungs-Bewusstsein ist weit ausgeprägter. So haben 87 Prozent der weiblichen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ein egalitäres Rollenbild und sind der Meinung, dass Frauen und Männer über die gleiche Durchsetzungskraft verfügen und Aufgaben wie Kindererziehung und Haushalt auch Männersache sind. Im Bezug auf die biologische Vorbestimmung verhält es sich nicht mehr so eindeutig: Hier geben auch 47 Prozent der

jungen Frauen an, dass bestimmte Aufgaben aufgrund des Geschlechts vorbestimmt seien, zudem gaben 39 Prozent der befragten jungen Frauen an, Erfolg im Beruf für Männer wichtiger einzuschätzen als für Frauen.

### Macho, Macho kannst net lernen, Macho, Macho muas ma sein?

Die Werte-Studie bringt wichtige Informationen über Jugendwerte, doch was daraus lernen? Wie bringt man die jungen „Machos“ zum Nachdenken und wie bringt man das Thema Geschlechtergerechtigkeit ins Bewusstsein der jungen Generation? Eine kritische Hinterfragung des Systems und ein breiter Diskurs rund um das Thema Geschlechtergerechtig-

keit würden auch jungen Männern einen Anreiz bieten, ihre Männerrolle zu hinterfragen. Vor allem in der Schule sollen SchülerInnen die Möglichkeit bekommen, sich mit Geschlechterrollen auseinanderzusetzen. Gefordert sind hier aber auch die jungen Menschen selbst, ihren AltersgenossInnen Denkanstöße zu liefern.

Vereinbarkeit von Kind und Beruf, Frauen in Führungspositionen und die Bewertung reproduktiver Tätigkeiten sind nur einige Themen, die bei Jugendlichen noch oft angesprochen werden müssen, bis ihr Bild von vorbestimmten Rollen für Frauen und Männer verschwindet und Frauen und Männer tatsächlich über dieselben Rechte verfügen.

## Streitfrage Kopftuch

### Gleiches mit Gleichem!

Das Kopftuch als Symbol der religiösen Unterdrückung und Zeichen der Inferiorität der Frauen wird zur zentralen Frage der Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz „westlicher“ Werte hochstilisiert. Um Gleichberechtigung geht es den Kopftuch-GegnerInnen aber nur selten, die wahren Motive sind Islamfeindlichkeit.

Ein Kopftuchverbot stellt eine Bevormundung und einen Eingriff in die verfassungsrechtlich verankerte Religionsfreiheit dar. Vergleiche mit der Türkei, wo das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Gebäuden seit Gründung der Türkischen Republik 1923 untersagt ist, sind unwissenschaftlich. Der Islam war im vorher existierenden Osmanischen Reich alleinige Staatsreligion – ähnlich wie in Österreich der Katholizismus bis 1918 in der Monarchie. Das Kopftuch-Verbot in der Türkei passierte also unter Rahmenbedingungen, die sich mit Österreich nicht vergleichen lassen.

Warum überhaupt ein Stück Stoff derartige Gemütswallungen bei PolitikerInnen und vielen Teilen der Bevölkerung hervorruft, bleibt ein Rätsel. Ressentiments gegenüber dem Islam und MuslimInnen im Allgemeinen dürften als eine mögliche Interpretation nahe liegen. An Kreuzen in Klassenzimmern oder an Halsketten von LehrerInnen beispielsweise stoßen sich nur wenige. Selbst im katholischen Bayern wurden bereits vor mehr als zehn Jahren die Kreuze in Schulen entfernt. Wer in Österreich nur laut darüber nachdenkt, wird ins Abseits gestellt. Verbot von Kopftüchern per Gesetz? Diskutieren und nachdenken, ja. Umsetzen, nein. Denn bitte immer gleichzeitig mitbedenken, wie es wirklich mit Trennung von Staat und Kirche in Österreich steht. Oder bedeuten Kreuze in Klassenzimmern sowie staatlicher (katholischer) Religionsunterricht etwa keine Einschränkung der Religionsfreiheit? Religionsfreiheit besagt, dass alle ihre religiösen Symbole öffentlich tragen dürfen.



### Die Freiheit, die sie meinen?

Kopftuch ab! Warum es für eine ehrliche und tiefer gehende Debatte notwendig ist, Religionsfreiheit, Frauenrechte und kulturelle Tradition abzuwiegen.

Stellt das Kopftuch einen wesentlichen Bestandteil der Religionsfreiheit dar? Nein. Nachdem selbst im Koran keine eindeutigen religiösen Bekleidungs Vorschriften zu finden sind, ist die Verschleierung vor allem aus traditioneller und islamistischer Sicht heraus erklärbar. Und genau hier liegt auch der Knackpunkt. Politischer Islam und patriarchalisches Dominanzdenken widersprechen diametral den Grundwerten eines auf Humanismus und Aufklärung basierenden Europas.

Religionsfreiheit darf nicht als Rechtfertigung für eine gravierende Schlechterstellung der Frau in der Gesellschaft dienen. Wenn selbst islamisch geprägte Staaten wie die Türkei das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen verbieten, haben auch europäische Länder das Recht, eine solche Gesetzesänderung zu verfügen. Die vielen europäischen Staaten mit moslemischer Bevölkerungsmehrheit wie Albanien, Bosnien aber auch das Kosovo, in denen Frauen ohne Kopftuch-Zwang ihre Religion ausüben, beweisen das Glauben und Kopftuch sich nicht bedingen.

In Österreich sind die Fronten verhärtet. Dabei geht es bei einem „Kopftuchverbot“ weder um xenophobe Vorurteile gegenüber dem Islam noch um das Schüren von Ängsten in der Bevölkerung. Ein Verbot ermöglicht den moslemischen Frauen nicht nur ein selbstbestimmteres Leben in der Gesellschaft, sondern es leistet einen wichtigen Beitrag zur endgültigen Abschaffung des Konkordats.

Kommentar AKS-Linz

## Konflikte sind zum Lösen da!

### Pädagogik statt Strafen

Jährlich im November/Dezember wird es wieder bekannt: SchülerInnen sind gewalttätig, antiautoritär und einzig und allein ein größerer Strafenregister kann ihnen noch helfen. SchülerInnen müssen, wenn es nicht anders geht, ordentlich bestraft werden. Je nach Art des Vergehens kann auch die Strafe hart bis sehr hart ausfallen. Solche Vorschläge sind die pädagogische Höchstleistung, die jedes Jahr im Herbst/Winter von den konservativen Kräften des Landes produziert werden. Anstatt in die Prävention, die Vermeidung von solchen „Straftaten“ zu setzen, wird kreatives Bestrafen bevorzugt. Diese Strafen erinnern nicht all zu selten an die guten alten Zeiten, wo Rohrstaberl, Scheiterlknie und Schläge noch zum pädagogischen Maßnahmenkatalog zählten. Schon unter Bundesministerin Gehrler (Erinnern tut weh) wurde der Strafenkatalog eingeführt. Im SGA können „Erziehungsmaßnahmen“ in der Hausordnung festgehalten werden. In der Praxis zeigt sich das zum Beispiel im Nachsitzen „Compensation Time“, das an einigen Linzer Schulen Gang und Gebe ist.

Es gibt auch andere Forderungen um diese Jahreszeit. Die Forderung nach besser ausgebildete LehrerInnen, die mit Gewaltsituationen umgehen können. Die Forderung nach SchulmediatorInnen, die Konflikte ohne irgendwelche Autoritäten klären. Die Forderung nach gemeinsamem Lösen von Konflikten.

Zusammenfassend die Forderung, nach mehr Miteinbeziehung der SchülerInnen, so dass Konflikte und Probleme mit und nicht ohne sie gelöst werden. Denn nur wenn der Konflikt von beiden Seiten, gemeinsam gelöst ist, ist er auch wirklich gelöst. Alles andere verstärkt die Konflikte und bringt noch mehr Probleme, anstatt zu helfen und zu fördern! Bleibt nur zu hoffen, dass PolitikerInnen wie Enzenhofer und Pühringer endlich verstehen lernen was Pädagogik und Konfliktmanagement ist, immerhin „beschäftigen“ sie sich doch schon lange Zeit mit Schulpolitik.



**Klaus Baumgartner**  
Vorsitzender der aks-Linz

Kommentar IKS & VSStÖ

## Am Ende des Geldes noch zuviel vom Monat?

Das Studienförderungsgesetz (StudFG), in dem die Stipendien geregelt werden, wird von der Großen Koalition novelliert. Dies ist eigentlich erfreulich. Ein genauer Blick auf den Entwurf des Gesetzes zeigt aber, dass es Schwachstellen gibt. Weiterhin soll der Anspruch auf Stipendium nur jenen Studierenden zustehen, die die Mindeststudiedauer plus ein Semester einhalten und unter 26 Jahre alt sind. Aufgrund von schlechten Studienbedingungen und erhöhter Erwerbstätigkeit aber überschreiten viele Studierende unverschuldet die Anspruchsdauer und fallen somit aus dem System.

Notwendig ist es, die Anspruchsdauer für die Studienbeihilfe generell zu verlängern. Um eines festzuhalten: Das Studienförderungsgesetz verfolgte ursprünglich die Intention, dass für alle Studierende ein Vollzeitstudium möglich ist. Die kürzlich erschienene Sozialerhebung zeigt ganz klar auf, dass die jetzigen Stipendien nicht mehr ausreichen.



**Thomas Gegenhuber**  
Vorsitzender der ÖH-Linz und IKS



**Mario Kalod**  
Vorsitzender des VSStÖ-Linz

Rund ein Drittel der Studierenden arbeitet, um sich das Studium zu finanzieren. Durch erhöhte Erwerbstätigkeit kommt der eigentliche Hauptberuf StudierendeR ins Hintertreffen. Umso bedenklich ist es daher, dass von den geplanten 8,4 Millionen für die Erhöhung, zwei Millionen für die Erhöhung der Leistungs- und Förderstipendien veranschlagt werden. Diese 2 Millionen wären aber unbedingt notwendig, um die soziale Ausgewogenheit des Stipendiensystems zu verbessern.

Der Wissenschaftsminister setzt die Prioritäten falsch, für die Mehrheit der Studierenden werden seine „Verbesserungen“ kaum spürbar sein.

Kommentar JUMP

## Festival der Jugendkulturen

### Kulturjahr statt Wirtschaftsjahr 2009

Viel passiert rund um das Kulturhauptstadtjahr 2009. Das Musiktheater wird gebaut, das Ars Electronica-Center samt Umgebung generalsaniert und mit Aktionen wie dem „Schaurausch“ vor einigen Monaten wird Linz als Kulturstadt präsentiert. Vergessen wird dabei (wieder einmal) auf die Jugendlichen.

Zwar wird Linz09 – vor allem von Intendant Martin Heller -als allgemeines Kulturjahr präsentiert. Dass der Aspekt „Jugendkultur“ dabei von Rennern wie AEC-Sanierung und Musiktheater überrollt wird, fällt dank der pompösen Präsentation kaum auf. Auch Linzer Kulturschaffende, wie zum Beispiel Huckey von Texta, sehen grobe Probleme bei Linz09: „Wir haben den totalen Wahnsinn vor uns. Es wird kein Kulturjahr 2009, sondern ein Wirtschaftsjahr 2009“. Dabei gäbe es eine einfache Möglichkeit, die Jugendlichen ein interessantes Programm bieten würde und (noch wichtiger) junge Linzer KünstlerInnen fördern würde: Veranstalten wir doch ein mehrtägiges Festival

der Jugendkulturen. Passende Veranstaltungsorte hätten wir zu genüge -von der Donaulände bis zum Pichlinger See. Dort könnte man jeden Tag einer anderen Musikrichtung widmen – und dann nicht nur (inter)national bekannte Acts auftreten lassen, sondern vor allem Linzer Kulturschaffenden eine Bühne bieten. Qualifizierte MusikerInnen haben wir in Linz genug – das fängt bei bekannteren wie Texta an und endet noch lange nicht bei jungen DurchstarterInnen wie beispielsweise den HipHoppern „Sa(u)ndkiste“ und viele mehr. Das Linzer Kulturhauptstadtjahr ist eine Chance, die vor allem dazu genützt werden soll, den Linzer Jugendlichen Kultur näher zu bringen. Das geht nur mit Angeboten, die auch angenommen werden und leistbar sind. Dass man hier auch nicht darum herum kommen wird, den öffentlichen Verkehr in der Nacht auszubauen - sei es in Form einer Nightline oder einer Nacht-Bim, liegt auf der Hand.



**Stefan Bräu**  
Vorsitzender des JUMP

## Faule Bananen

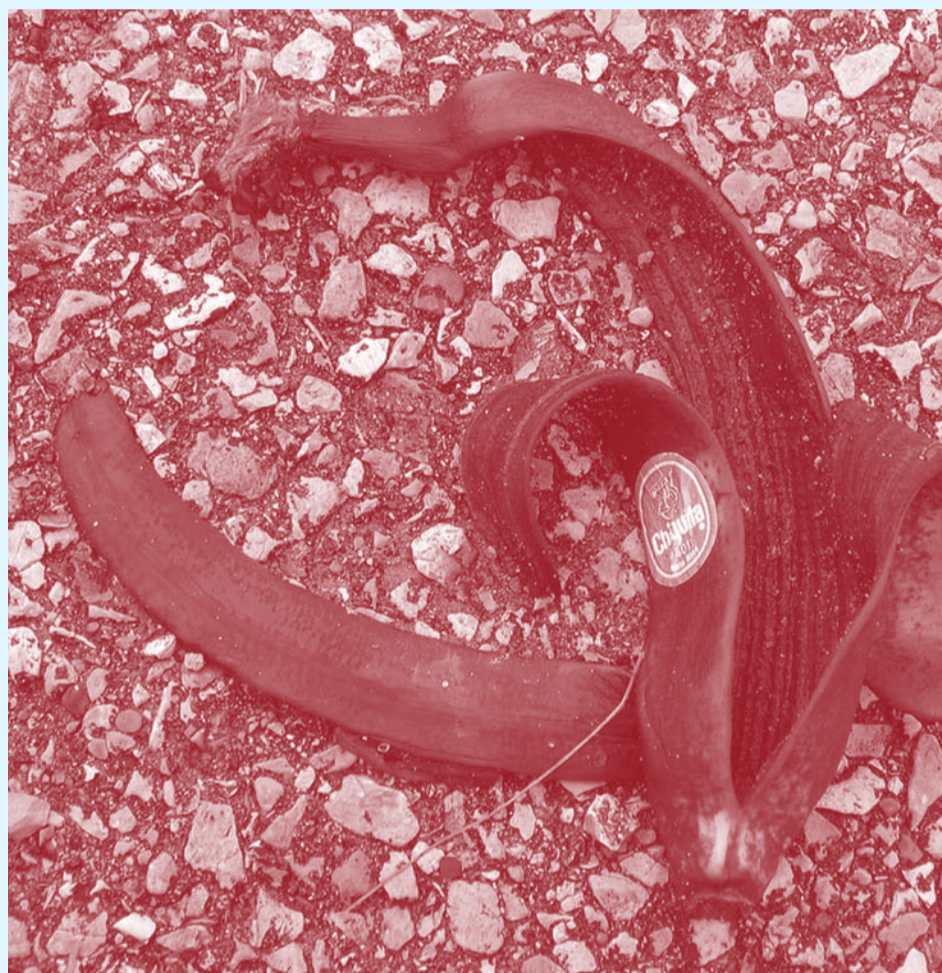
**Im Kongo unterstützten Konzerne Rebellen, damit weiterhin in Ruhe Koltan, ein Rohstoff für die Handyproduktion, abgebaut werden kann. Nestlé macht Schlagzeilen, weil an ihrem Muttermilchersatz Tausende Babys in Entwicklungsländern gestorben sind und McDonalds lässt großflächig den Regenwald in Brasilien abrodern. Nun geht es um den Bananen-Konzern Chiquita. Mehrere hundert südamerikanische Familien verklagen den Konzern mit dem Argument, Chiquita habe „Terrorismus, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter und unrechtmäßigen Tod“ gefördert.**

Chiquita ist spanisch und bedeutet ursprünglich klein und niedlich. Eine Bezeichnung, die gerade in letzter Zeit an Ironie schwer zu übertrumpfen ist: Mit einem jährlichem Umsatz von ungefähr 4,5 Milliarden US-Dollar ist Chiquita Brands International, Inc. (so der offizielle Name) alles andere als klein. Das Chiquita-Unternehmen, das ursprünglich als UFC (United Fruit Company) gegründet wurde, gewann seit seiner Gründung 1899 stetig an Einfluss. Nicht nur auf dem Sektor der Obst- und Gemüseproduktion, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen, wie Bau von Kühlern, Radiotechnologie und Eisenbahnbau, war die Chiquita Brands International führend. „Chiquita Brands International“ – unter diesem Firmennamen vereinigen sich zahlreiche Obst- und Gemüseproduzenten, die vorwiegend in den Entwicklungsländern Lateinamerikas operieren; zu den Tochterfirmen zählen Chiquita Jr., Consul, Amigo, Chico und viele mehr.

### Paramilitärs & Milliardenumsätze

Mitte November 2007 erhoben 400 Familien gegen die Chiquita Brands International eine Sammelklage, in der dem Konzern Kooperation mit rechtsextremen Paramilitärs aus Kolumbien sowie Foltervorwürfe angelastet wurden. Sollte es zu einer Verurteilung kommen, so drohen dem Konzern bis zu 7,8 Mrd. US-Dollar Strafe. Die Gewalt in Guatemala und anderen lateinamerikanischen Staaten wird vorwiegend durch die Todesschwadronen und semilegale Todeskommandos bestimmt. In Guatemala City sterben jährlich Hunderte Kinder durch die Hand von Polizisten, die in der Nacht als Todeskommandos operieren. Chiquita wird die Unterstützung und Förderung derartiger Kommandos vorgeworfen.

Bereits in diesem Jahr musste Chiquita eingestehen, ultrarechte, auf Terrorlisten aufscheinende Paramilitärs (AUC = Autodefensas Unidas de Colombia) finanziell unterstützt zu haben und wurde zu einer Strafe von 25 Mill. US-Dollar verurteilt. Laut den Aussagen des Konzernmanagements flossen zwischen 1999 und 2004 insgesamt 1,7 Mill. US-Dollar an derartige Organisationen. Neben den rechtsgerichteten Rebellen gestand Chiquita auch an linke Rebellen wie die ELN (Ejército de Liberación Nacional) oder die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) Gelder bezahlt zu haben. Wer sich als Angestellte/r von Chiquita gewerkschaftlich organisieren



möchte, muss damit rechnen, von den Kommandos, die von Konzernseite als Schutz für die MitarbeiterInnen angeheuert wurden, unter Druck gesetzt und bedroht zu werden.

### Schutzgeld für Bananen

„Wir wiederholen, dass Chiquita und seine Angestellten Opfer waren und das Unternehmen dieses Vorgehen nur gewählt hat, um seine Angestellten und deren Familien zu schützen“, so Konzernsprecher Michael Mitchell als Erklärungsversuch für das Vorgehen seiner Firma. In einer Stellungnahme der kolumbianischen Staatsanwaltschaft heißt es jedoch eindeutig, dass die Firmen, welche paramilitärische Organisationen finanzieren, auch die Verantwortung für deren Taten zu übernehmen haben.

In ganz Lateinamerika gibt es links- wie rechtsgerichtete „Terrorgruppen“, die sich gegenseitig bekämpfen. Üblicherweise wird pro Bananenbox ein Dollar Schutzgeld bzw. Steuer eingehoben. Auch andere Konzerne wie Dole oder Del Monte, die ebenfalls im Bananengeschäft tätig sind, werden verdächtigt, solche Gruppen finanziell zu unterstützen. Der Chef der AUC Mancuso, welcher mittlerweile

gefasst wurde, belastete in Vernehmungen auch andere Konzerne – unter anderem die marktbeherrschenden Getränkeproduzenten Postobon und Bavaria.

### Walten! Schalten! Lenken! Denken?

Der Firmensitz der United Fruit Company befand sich bis 1985 in Guatemala und die UFC galt als eigentliche Macht im Staat. Die so genannte „Monroe-Doktrin“ (benannt nach dem ehemaligen US-Präsidenten James Monroe, Anm. d. Red.) sicherte den USA jedes Vorgehen der heimischen Konzerne. Wenn die Regierung Guatemalas eine sozialere Beschäftigungspolitik anstrebte, übte die USA sogleich außenpolitischen Druck aus und untergrub so die Souveränität der guatemalteckischen Regierung. Die gesamte Infrastruktur, von Eisenbahn über den einzigen Karibikhafen bis zur Telekommunikation, war in der Hand der UFC. Für die Bevölkerung waren diese Dienstleistungen somit unerschwinglich teuer. Infrastrukturaßnahmen hatten nur dem wirtschaftlichen Wachstum des Konzerns zu dienen. Der Diktator Jorge Ubico gewährte der UFC geringe Ausfuhrzölle und zollfreie Importe von Baumaterialien. 1944 wurde der Diktator gestürzt und Juan

### Chiquita

**Umsatz:** \$ 4,5 Mrd.  
**MitarbeiterInnen:** 25.000  
**Sitz des Unternehmens:**  
 Cincinnati, Ohio  
**Nettolöhne der ArbeiterInnen:**  
 ca. \$ 300 (es wird nach Ertrag und nicht nach Stunde bezahlt)

José Arévalo als Präsident gewählt. 1951 wurde eine Landreform durchgesetzt und Land an die Bauern zurückgegeben. 1954 stürzte die US-Regierung, gemeinsam mit der UFC die guatemalteckische Regierung unter dem Vorwand, es handle sich um eine „kommunistische“ Regierung und setzte im Gegenzug eine Marionettenregierung in Guatemala City ein. Der Rebellenführer Castillo Armas übernahm die Regierungsgeschäfte und verkaufte die Rohstoffe des Landes zu Billigstpreisen an die UFC. Als Folge wurden alle ArbeiterInnen-schutzbestimmungen gestrichen und es folgte eine 40 Jahre währende Militärdiktatur, die mehr als 100.000 Menschen das Leben kostete. Ähnliches spielte sich auch in Honduras ab, wo die UFC Söldnergruppen finanzierte, um die Regierung zu destabilisieren.

### Hunger trotz Reichtum

Auch heute reicht der Einfluss des Chiquita-Konzerns noch weiter in die administrativen Institutionen der USA und anderer Staaten. Beispielsweise flossen im Jahr 1998, als die EU und die USA um ein Abkommen in der Frage des Bananenhandels stritten, 14 Millionen Dollar an Parteispenden nach Washington. Nach wie vor werden MitarbeiterInnen, die sich in Gewerkschaften organisieren, verfolgt, gefeuert oder bedroht. Mit Imagekampagnen versucht die Konzernleitung verzweifelt ein umweltfreundliches Auftreten zu propagieren und von den Plantagen in Kolumbien hat man sich schon längst getrennt. Dennoch herrschen in den Zulieferbetrieben noch immer menschenverachtende Praktiken und der Konzern versucht alles, um die Verantwortung abzuschieben. Die meisten Plantagen befinden sich in Guatemala, Honduras und Costa Rica. Bananen sind in diesen Ländern das wichtigste Exportprodukt – dennoch leiden in Honduras Millionen Menschen an Hunger, obwohl ein Grundnahrungsmittel zu Billigstpreisen exportiert wird.

# Scheidung auf Raten

**Belgien brodelt. Kaum ein anderes europäisches Land hat es in den vergangenen Monaten öfter in die Schlagzeilen geschafft als der kleine Benelux-Staat. Seit 147 Tagen ohne Regierung, zerrissen zwischen den beiden großen Sprachgruppen, den Flamen und den Wallonen. Was ist los in Belgien?**



Belgien existiert seit dem Jahr 1830. Von Frankreich als Puffer zum protestantischen Holland gefordert, wurden zwei Volksgruppen, die Französisch sprechenden Wallonen und die Niederländisch sprechenden Flamen in einem gemeinsamen Staat zusammengefasst. Während das Französische sowohl im 19. Jahrhundert als auch im 20. Jahrhundert bis Ende des Zweiten Weltkrieges in der Verwaltung, der Armee und in den gebildeten BürgerInnen dominierend war, galt Flämisch als die Sprache der Landbevölkerung und der BäuerInnen.

Dies sollte sich aber rasch ändern. Während Flandern den Wirtschaftsaufschwung erfolgreich nutzte, um seine Wirtschaft in Richtung Dienstleistungsgesellschaft zu verändern, bedeuteten die 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts für die südlichen Regionen den Niedergang

der vorherrschenden Bergbau- und Schwerindustrie. Schlagartig änderten sich die Kräfteverhältnisse. Das Land wurde schließlich 1963 entlang der Sprachgrenze in zwei Regionen geteilt, die Hauptstadt Brüssel erhielt einen Sonderstatus. Obwohl in Flandern gelegen, stellten hier die frankophonen Wallonen traditionell die Mehrheit der Bevölkerung. Flämisch wurde gleichberechtigte Amtssprache neben dem Französischen. Weitere Föderalisierungsmaßnahmen folgten in kurzen Abständen: Eigene Fernsehsender in den jeweiligen Landessprachen, flämische und wallonische Zeitungen und Zeitschriften.

### Künstlicher Staat

Dennoch nahm die Entfremdung zwischen den Sprachgruppen ihren Lauf. Mittlerweile wurde Belgien in einen so genannten „Bundesstaat“

umgewandelt, das heißt, die Regionen waren von nun an unter anderem verantwortlich für den Bereich der Bildungspolitik. Mit fatalen Folgen: Während in Flandern ca. 50% der Bevölkerung Französisch verstehen, sprechen umgekehrt nur etwa 10% der Wallonen auch Flämisch. Dazu gesellen sich die riesigen ökonomischen Unterschiede. Die reichen Provinzen im Norden Belgiens subventionieren die brachliegende Schwerindustrie des Südens. Ungefähr 10 Milliarden Euro fließen so jedes Jahr von Flandern nach Wallonien.

Diese Situation lässt die Forderung nach mehr finanzieller und wirtschaftlicher Autonomie laut werden. Rechtsextreme Parteien wie der „Vlaams Belang“ fordern hartnäckig die Teilung des Staates entlang der Sprachgrenzen. Mit Erfolg: Die Partei ist mit derzeit 17 Sitzen im Parlament vertreten und setzt die

gemäßigten Politikerinnen und Politiker unter Druck. Ein Zerfall unter den Augen der Europäischen Union? Wohl kaum. Belgien besitzt zwar nach wie vor keine handlungsfähige Regierung, eine wirkliche Sezession wird aber auch von den Flamen nicht gut geheißt. Zu groß sind die ökonomischen Verflechtungen (immerhin ist der Süden der fleißigste Konsument von Waren und Dienstleistungen) und eine sprachgruppenübergreifende Klammer existiert ja auch noch: das Königshaus. So wird am Ende des Tages den Belgierinnen und Belgiern wohl eine weitere Dezentralisierung ins Haus stehen. Die Unterschiede werden sich noch tiefer verfestigen, der ohnehin schon schwache Zentralstaat wieder an Kompetenz verlieren. „Ob es Belgien in 20 Jahren noch geben wird, kann ich nicht beantworten“, so die flämische Abgeordnete Mia de Vits. Und damit könnte sie leider Recht behalten.

Linz zieht an schert aus Linz reißt hin holt her Linz regt auf legt zu

„Linz bietet jungen Menschen viele Möglichkeiten. Zur umfassenden Bildung. Zur beruflichen Entfaltung. Zur aktiven Freizeitgestaltung. Linz ist eine junge Stadt.“

**Ingrid Holzhammer**  
Vizebürgermeisterin

**Junges Linz**



**Spaß mit Köpfchen!**

**YOUNG CLEVER! @**

JUGEND-SCHUTZ IST DEIN SCHUTZ!

Das Öö. Jugendschutzgesetz  
[www.jugendschutz-ooe.at](http://www.jugendschutz-ooe.at)



Eine Initiative von Landesrat Josef Ackerl



## In eigener Sache



## Das MeWe-Revival

Am 25. Jänner 2008 im Café Cube in Linz

Nach 5 Tagen und 4 Nächten werden wir uns fehlen - das war schon die letzten 13 Jahre so. Grund genug, sich zu einem Revival mit Überraschungseffekten zu treffen. Und keine Angst, es wird kein Karaoke geben.

Am 25. Jänner 2008 gibt's also für alle, die sich bis dahin von der MeWe erholt haben das Revival im Linzer Café Cube (Kaisergasse 14a, 4020 Linz) bestehend aus einem Politlego „Überwachung in Österreich“ und der großen Revival Party. Treffpunkt für Unkundige ist um 18.00 beziehungsweise um 20:00 am Linzer Taubenmarkt. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine Anmeldung. Ein Mail an [office@sj-linz.at](mailto:office@sj-linz.at) genügt.

School out –  
Das muss gefeiert werden!

Am 15. Februar 2008 im Café Cube in Linz

Wie feiere ich gebührend den Ferienbeginn, ohne dabei sinnlos mit den gleichen langweiligen Menschen in der gleichen langweiligen Bar bei der gleichen schlechten Musik wie an jedem langweiligen Wochenende zu sitzen? Die Antwort: Im Linzer Café Cube.

Feine Klänge, Wasserpfeifen und Cocktails zu schülerInnenfreundlichen Preisen und über hundert SchülerInnen in einer Atmosphäre, die Stil hat. Alles in allem also die idealen Voraussetzungen für eine gute Party! Das School-Out Fest veranstaltet die AKS Linz gemeinsam mit dem Jugendkulturverein JUMP. Free Entry!



## Die Politische Werkstatt 2008

Von 14. - 17. März 2008 in Seckau (Stmk.)

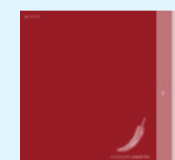
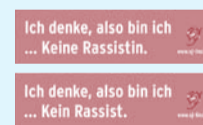
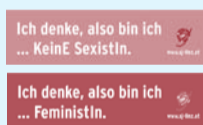
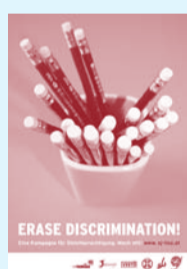
Andere mögen zu Ostern zu Hause bleiben und dem Gras beim Wachsen zusehen. Für all jene, die es stattdessen vorziehen, sich mit der Welt kritisch auseinanderzusetzen, bietet die Politische Werkstatt die Möglichkeit dazu.

Gemeinsam mit 59 anderen jungen Menschen hast du die Möglichkeit, in den vier verschiedenen Workshops rund um Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Solidarität Neues kennenzulernen und spannende Diskussionen zu führen. Der Spaß kommt auch nicht zu kurz.

Alles zusammen gibt es inklusive An- und Abreise, Vollpension im Jugendgästehaus Seckau (Stmk.) und Workshop-Unterlagen um 50 Euro, Mitglieder der VeranstalterInnen zahlen nur 20 Euro. Anmeldeschluss ist der 8. März 2008. Mehr Infos unter [www.sj-linz.at/powe](http://www.sj-linz.at/powe).

## Rücksender

## Materialien zum Bestellen:



## Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin, Verlegerin:  
Sozialistische Jugend Linz;

Redaktion: Barbara Hofmann, Stefan Etselstorfer, Dieter Etselstorfer, Vanessa Gaigg, Rebecca Kampl, Amina Lehner, Alexander Obermüller, Daniel Friesenecker, Stefan Bräu, Mario Kalod, Thomas Gegenhuber, Klaus Baumgartner;

Layout: Isabella Mühlgrabner;

Redaktionsadresse: Kaisergasse 14a, 4020 Linz; [office@sj-linz.at](mailto:office@sj-linz.at)

## Rücksender:

[www.sj-linz.at](http://www.sj-linz.at)  
[quer@sj-linz.at](mailto:quer@sj-linz.at)

## Ich will gratis:

- ein Quer - Abo
- "ERASE DISCRIMINATION!"- Materialien
- "Die Freiheit, die sie meinen"- Materialien
- Open Source-T-Shirt (10 Euro)
- "Gib Vorurteilen ein Zuhause" - Plakat
- "Ich denke, also bin ich keine Rassistin" - Aufkleber
- "Wir Wilden haben auch unsere Kultur"- Plakat
- Act!-Broschüre
- Schwarz-Grün-Satire-Pickerl
- Folder "Wer wir sind, was wir wollen"
- SJ-Linz - Grundsatzprogramm

## Ich möchte:

- auf die Politische Werkstatt mitfahren!
- Informationen zur Initiative gegen Überwachung
- über eure Aktionen am Laufenden gehalten werden!
- bei euch Mitglied werden!

**25. Jänner 2008**



# MeWe-Revival-Party 08

ab 20.00 Uhr im Café Cube (Kaisergasse 14a, Linz)

## Rücksender:

vorname, nachname

straße, nr.

plz, ort

tel.nr.

geb.dat.

e-mail

schule/uni/betrieb

porto zahlt  
empfängerin

An die  
**Sozialistische Jugend Linz**  
Kaisergasse 14a  
4020 Linz